

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Gesundheitliche Forderungen an das Wohnungswesen

Als Forderung des Tages bezeichnet Obermedizinalrat Professor Dr. med. Tjaden (Bremen) in den „Ärztlichen Mitteilungen“, das alte Wohnungswesen nach und nach zu verbessern und die neuen Wohnungen von vornherein so herzustellen, daß sie nicht allein nicht gesundheitschädigend, sondern daß sie gesundheitsfördernd wirken. Zur Gesundheit gehört nicht nur die rein körperliche, sondern auch die seelische. Es genügt nicht, daß der Mensch gesund ist, er muß sich auch gesund fühlen. Die Wohnung muß deshalb, soll sie gesundheitsfördernd wirken, nicht nur eine hygienisch technisch einwandfreie Schlafstelle und Futterkrippe sein, sie muß vielmehr der Ort sein, in dem der einzelne seine körperlichen, seelischen und moralischen Ansprüche in vernunftgemäßer, wenn auch bescheidener Weise befriedigen kann. Die Wohnung soll ihm Behagen schaffen und damit der Erneuerung der im Kampf ums Dasein draußen angepannten und vielleicht auch verzehrten Kräfte dienen. Die Wohnung muß einen gewissen Minimalraum aufweisen, wenn ein wirkliches Familienleben möglich sein und durchgeführt werden soll. Diese fünf Kardinalforderungen: Licht und Luft, gute und leicht zu handhabende Reinigungsvorrichtungen, Ruhe und Ausruhemöglichkeiten und genügend Raum. Der Mensch braucht Licht und braucht Sonne, das gilt nicht nur für den fertigen Menschen, sondern mehr noch für die heranwachsenden. Sonnen- und lichtarme Wohnungen wirken stoffwechselhemmend. Darum möglichst viel Licht und Sonne in die Wohnung hinein. Die Fensteröffnungen müssen richtig angebracht und groß genug sein, das Licht darf nicht durch zu breite Rahmen und zu zahlreiche Zwischensprossen abgehalten werden.

Die Luft muß reichlich und rein sein, die Schädlichkeit einer schlechten Luft besteht nicht nur in einer Anhäufung von Kohlen- säure, sondern in zu hoher Temperatur, zu großer Feuchtigkeit und in dem Vorhandensein von unangenehmen Riechstoffen. Für Wohnungen sind und bleiben die gegebenen Ventilatoren die Türen und Fenster, letztere aber nicht in der Form, daß nur eine kleine Scheibe oder nur ein Bruchteil geöffnet werden kann. Fenster, die im vollen Umfang zu öffnen sind, müssen aus gesundheitlichen Gründen gefordert werden. Zur Förderung der Reinlichkeit ist notwendig, daß nach Möglichkeit dunkle Ecken und Winkel vermieden werden. Eine wesentliche Staubquelle in den Wohnungen verschwindet mehr und mehr mit der Abnahme der Ofenfeuerung in den einzelnen Zimmern. Zur Reinlichkeit der Wohnung selbst muß die Reinlichkeit der die Wohnung benützenden Menschen kommen. Die erste Voraussetzung dafür ist das Vorhandensein von fließendem Wasser. Es müssen Bäder und Abbrauseeinrichtungen vorhanden sein, die aber nicht in einer kalten, dunklen und feuchten Ecke untergebracht werden dürfen, um dem Anspruch „Bade zu Hause und tue es regelmäßig“ zu genügen. Die vierte Forderung der Gesundheitswissenschaft ist Ruhe und Ausruhemöglichkeit im Hause. Der Kampf ums Dasein stellt Jahr für Jahr größere Anforderungen an das Nervensystem, und

außerdem nimmt der Straßenlärm mit seinen schädigenden Eigenschaften ständig zu. Das steigende Bedürfnis nach längeren und tieferen Ruhepausen ist daher ein natürliches. Aufgabe des Baumeisters ist es daher, die Wohnung dafür geeignet zu machen. Das kann durch geschickte Stadtbebauungspläne geschehen, die einen stärkeren Unterschied zwischen Verkehrs- und Wohnstraßen herbeiführen, ferner durch weiträumige Bebauung. Vor allem wichtig ist die Wahl des Baumaterials. Schalldichtes oder zumindestens schallabschwächendes Material für Wände und Decken ist um so notwendiger, je mehr Menschen in einer Wohnung und je mehr Familien in einem Hause zusammengedrängt werden. Dauernde Unruhe in der Wohnung macht nervös, und nichts ist gefährlicher für den Frieden zwischen den im Hause zusammenwohnenden Familien, als wenn durch leichte Schalleitung der größere Teil der Vorgänge in einer Familie zur Kenntnis der anderen kommt.

Die fünfte Gesundheitsforderung ist genügender Raum. Sie ist zugleich eine bevölkerungspolitische, sie ist aber vor allem eine Geldfrage. Oft besteht keine Möglichkeit, die für die Benutzung des notwendigen Wohnraums aufzuwendenden Mittel, sei es Miete, seien es Hypothekenzinsen, mit der Gesamteinnahme der Familie in richtigem Verhältnis zu halten. Nach allgemeiner Ansicht dürfen die Wohnungskosten höchstens ein Viertel der Gesamteinnahmen betragen. Prof. Tjaden glaubt, daß bei kinderreichen Familien dieser Anteil noch zu hoch ist, wenigstens dann, wenn die Kinder noch nicht in nennenswerter Weise zum Unterhalt der Familie beitragen können. Bei solchen Familien sollte nicht über ein Fünftel hinausgegangen werden, weil die Aufwendungen für die sonstigen Lebensnotwendigkeiten mit der Kopfzahl naturgemäß wachsen. Die beste und einwandfreieste Wohnung wird unhygienisch, wenn für ihre Benutzung soviel aufgebracht werden muß, daß andere unabweisbare Lebensbedürfnisse nicht befriedigt werden können.

Darum werden auch die Gewerkschaften Einfluß auf den Wohnungsbau nehmen müssen, nicht nur daß die Zahl der Neubauwohnungen sich erhöht, bis jede Familie ein Unterkommen hat, sondern auch, daß die Wohnungen hygienisch einwandfrei errichtet werden. Dieser Einfluß besteht zwar schon durch die Dewog und ihre Tochtergesellschaften. Das ist aber nicht ausreichend. Auch auf den privaten Wohnungsbau und schließlich auch auf die Städtebaupläne muß sich ihr Einfluß erstrecken, damit billige und gesunde Wohnungen hergestellt werden. Ferner müssen die Arbeiter die Gewerkschaften so stärken durch Agitation und Opfermut, daß sie sich durch deren Kraft so ausreichende Löhne erkämpfen, um auch die Mieten für gute Wohnungen bezahlen zu können. Aber auch eine besondere Mahnung muß an manche Arbeiterfamilien gerichtet werden, die aus übertriebener Angst vor Zugluft niemals ein Fenster öffnen, um frische Luft ins Zimmer zu lassen, und die aus nicht entschuldbarer Bequemlichkeit ihre Wohnräume unsauber halten. Die von den Bauleuten hygienisch am einwandfreiesten hergestellte Wohnung wird in

Kassen- und Unterstützungs-Einrichtungen der neuen Großorganisation

Wenn bisher auf Verbandstagen, Konferenzen und in Versammlungen die Schaffung gewerkschaftlicher Großorganisationen gefordert und erörtert wurde, so geschah dies allgemein nach großzügigen Gesichtspunkten. Sehr häufig wurde dabei gegen leitende Körperschaften der einzelnen Organisationen der Vorwurf erhoben, absichtlich die Verschmelzung zu hintertreiben bzw. zu verschleppen.

Der Verlauf der letzten Bezirkskonferenzen läßt erkennen, daß die Mitgliedschaft nach wie vor grundsätzlich für die Zusammenlegung der drei in Betracht kommenden Organisationen ist, jedoch überaus stark für die Beibehaltung unserer bisherigen Organisationseinrichtungen eintritt. Würde es den einzelnen Organisationen bisher möglich gewesen sein, ihre Satzungen den Richtlinien der sogenannten Reformkommission des ADGB. anzupassen, so würden zweifellos organisationstechnische Schwierigkeiten bei den Verschmelzungsfragen weniger in Erscheinung treten.

Um nun der Mitgliedschaft einigermassen ein Bild der voraussichtlichen Kassen- und Unterstützungseinrichtungen zu geben, sei nachfolgend eine Gegenüberstellung der bisherigen und der in Aussicht genommenen zukünftigen Satzungen gegeben:

Die Verbandsbeiträge wurden bisher in Höhe eines Stundenlohnes erhoben. Ortszuschläge konnten durch die Filialen eingeführt werden, es hatten ungefähr ein Drittel sämtlicher Filialen Ortszuschläge eingeführt für etwa 100 000 Mitglieder, also zwei Fünftel der Mitgliedschaft zahlten über den satzungsgemäßen Beitrag in Höhe eines Stundenlohnes hinaus noch einen Ortszuschlag.

Der zukünftige Beitrag setzt sich dagegen für alle Filialen und Mitglieder aus Grundbeitrag und Ortszuschlag zusammen, so daß von allen Mitgliedern ein Gesamtbeitrag erhoben werden müßte, der etwas über dem Stundenlohn liegen würde. Da nur 18 feste Beitragsklassen eingeführt werden, mußte auf verschiedene Lohnspannen je eine Beitragsklasse festgelegt werden. So soll z. B. bei 95 Pf. bis 1,05 Mk. Stundenlohn ein Grundbeitrag von 95 Pf. und ein Ortszuschlag von 20 Pf., also ein Gesamtbeitrag von 1,15 Mk. erhoben werden. Der Gesamtbeitrag würde demnach um 10 Pf. bis 20 Pf. über dem jeweiligen Stundenlohn liegen. Da das neue Statut für Mitglieder in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben eine Sonderregelung in der Beitragsfestsetzung zulassen soll, ist bereits festgelegt worden, daß für unsere Mitglieder eine Erhöhung der bisherigen Beiträge, soweit sie nach dem alten Statut ordnungsgemäß entrichtet wurden, nicht vorgenommen wird. Dieser bisherige Beitrag wird nach der Vereinigung allerdings in Grundbeitrag und Ortszuschlag getrennt.

Durch diese Trennung in Grundbeitrag und Ortszuschlag macht sich eine anderweitige Regelung der Anteile der Hauptkasse und Filialkasse notwendig. Der Anteil der Filialkasse, die kein Ortsbüro unterhält, wird von

30 Proz. auf 15 Proz. herabgesetzt, dafür verbleibt der Ortszuschlag in voller Höhe der Filialkasse. Unter obiger Voraussetzung, daß die Beiträge nicht erhöht werden, würde der Beitrag von 95 Pf. in Zukunft zerlegt in 75 Pf. Grundbeitrag und 20 Pf. Ortszuschlag. Davon blieben bisher der Filiale ohne Ortsbüro 30 Proz. von 95 Pf. = 28,5 Pf., in Zukunft würden der Filiale 15 Proz. von 75 Pf. = 11,25 Pf. und 20 Pf. Ortszuschlag verbleiben, insgesamt 31,25 Pf., also 2,75 Pf. mehr von dem 95-Pf.-Beitrag als bisher.

In ähnlichem Sinne enden auch Vergleiche mit den anderen bisherigen Beiträgen, so daß Befürchtungen der Filialverwaltungen, mit der neuen Regelung die örtlichen Ausgaben nicht bestreiten zu können, nicht Platz zu greifen brauchen. Anders liegen die Verhältnisse jedoch bei den Filialen, die bisher Ortszuschläge eingeführt hatten. Hier wird mit Mindereinnahmen der Filialkassen gerechnet werden müssen. Es soll deshalb diesen Filialen das Recht eingeräumt werden, höhere Ortszuschläge, als im Statut vorgesehen sind, zu erheben.

Besonders betont sei jedoch, daß durch die Einführung der Invalidenunterstützung ab 1. Januar 1930 Beitragszuschläge von 5 bis 30 Pf. pro Woche erhoben werden müssen, um den invaliden Mitgliedern eine Zusatzunterstützung gewähren zu können. Diese Beitragszuschläge können demgemäß nicht als Beitragserhöhung betrachtet werden.

Zur Neuregelung der Unterstützungen ist vorgesehen, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in Zukunft in gleicher Höhe zu gewähren, dagegen soll sich die Unterstützung mit der Dauer der Mitgliedschaft steigern und die Höchstbezugszeit sich von 8 auf 12 Wochen verlängern. Bisher hatte beispielsweise ein Mitglied, welches 95 Pf. Beitrag zahlt und 10 Jahre organisiert ist, Anspruch auf insgesamt 45,60 Mk. Krankenunterstützung. Da für dieses Mitglied in Zukunft nur 75 Pf. Beitrag bei der Unterstützungsberechnung in Betracht kommen, würde es Anspruch auf insgesamt 60,75 Mk. Krankenunterstützung haben. Ist die Mitgliedschaft länger, so erhöht sich die Gesamtunterstützung weiter, ist sie jedoch kürzer, so kann die zukünftige Gesamtunterstützung sich gegenüber dem bisherigen Zustand auch verringern. Bei dreijähriger Mitgliedschaft und 95 bzw. 75 Pf. Beitrag zum Beispiel beträgt die frühere Gesamtunterstützung 28,50 Mk. und die zukünftige Unterstützung nur 27 Mk.

Da die Arbeitslosenunterstützung nach den Beschlüssen der Reformkommission des ADGB nicht mehr höher sein soll als die Krankenunterstützung und auch in allen Gewerkschaften nicht höher ist, muß bei der Gestaltung des neuen Statuts von erhöhter Arbeitslosenunterstützung Abstand genommen werden. Die Gesamtunterstützung bei 75 Pf. bzw. 95 Pf. Beitrag zeigt nach obigem Beispiel bei zehnjähriger Mitgliedschaft folgendes Bild: früher 68,40 Mk., in Zukunft 60,75 Mk. Gesamtunterstützung. Bei

Streik der Straßenbahn in New Orleans

Nachfolgenden Artikel von R. Lubinski, den wir der „Vossischen Zeitung“ vom 9. September 1929 entnehmen, empfehlen wir ganz besonderer Beachtung unserer Kollegen. Klar ersichtlich geht daraus hervor, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse in Amerika zwar nicht mit europäischem Maßstab zu messen sind. Andererseits beweist es uns erneut, daß es auch für Amerika hohe Zeit ist, daß die Kommunalisierung der Straßenbahn usw. unbedingt durchgeführt wird, und zum andern, daß auch dort nur geeinte Gewerkschaftskraft die Arbeiter vorwärts bringen kann.



seit Wochen fährt keine Elektrische in New Orleans. Die Straßenbahner streiken und mit ihnen — die ganze Stadt. Es ist im Augenblick, in dem ich dies niederschreibe, nicht die geringste Aussicht auf Ende des Kampfes. Eine Kraftprobe, ein Prestigieringen zwischen Kapitalmacht und Arbeiterorganisationen. Jeder Mensch in den Staaten weiß, daß es mit einer Verbeugung auf beiden Seiten ausgehen muß. Ein Schauspiel, das mit allen seinen Akteuren und Zwischenspielen den Titel verdient: Amerika 1929.

Und dies ist seine Handlung:

Hauptdarsteller ist eine Gesellschaft, die sich „Public Service Inc.“ nennt. So ein Name klingt schön und menschenfreundlich, bedeutet aber in Amerika durchaus nichts. Denn diese „Gesellschaft für öffentliche Dienste“ ist ein amerikanisches Privatunternehmen, mit keinen anderen Interessen als Häufung und Anlage

von Kapital. Nicht nur die Straßenbahn gehört ihr, sondern auch das Gas und das elektrische Licht von New Orleans. Mit anderen Worten, diese Company hat die ganze Stadt in ihrer Tasche.

Es ist selbst bei den Amerikanern, die sonst lieber dem Smarten nachsehen, als ihn schmähen, zu viel. Im übrigen, wie gewöhnlich, cherchez la femme. Die Hausfrauen sind es, die die Gasrechnungen bekommen; sie erschrecken über die elektrische Lichtrechnung und sehen ihr schönes Wirtschaftsgeld dreifach zum „Public Service“ wandern. Denn verdient die Gesellschaft an der Straßenbahn nicht genug, schraubt sie die Gas- und Lichtpreise. Die Stadtverwaltung, um ihre empörten Wähler wenigstens durch eine Formalität zu besänftigen, hatte dem Einkommen der Gesellschaft sieben und eine halbe Million zur Höchstgrenze gesetzt und vor allen Dingen den Straßenbahnverkehr auf unrentablen, menschenleeren Strecken zur Bedingung gemacht. Sie erschwerte den Betrieb durch eine Verkehrsordnung, nach der eine Elektrische zweimal an jeder Ecke halten muß. Vorher bei rotem Licht, kurz dahinter noch einmal, weil dort die vorgeschriebene Haltestelle war. Schikanen also auf allen Seiten. Gewitterstimmung.

Hier in den Südstaaten der Union, die noch heute an den Schulden des Bürgerkrieges tragen, gibt es immer die nötigen Wolken. Die Labour-Union, als Arbeiterorganisation und Stellenvermittlung im Norden der USA. reiflos anerkannt und von den Unternehmern zu ständiger Mitarbeit zugezogen, kämpft im Süden noch um ihre Rechte. In New Orleans forderte sie Anerkennung ihrer Statuten, Beteiligung beim Einstellen und Ent-

dreijähriger Mitgliedschaft früher 42,75 Mk. und in Zukunft 27 Mk. Die Gesamtunterstützung würde sich jedoch schon bei zwölfjähriger Mitgliedschaft von 68,40 Mk. auf 75 Mk. erhöhen. Eine weitere Steigerung erfolgt dann nach 15jähriger Mitgliedschaft.

Bisher konnte ein Mitglied die Gesamtunterstützung in fünf Jahren auch fünfmal erheben, für die Zukunft ist vorgesehen, daß die Unterstützung in fünf Jahren nur dreimal in voller Höhe erhoben werden darf. Um Mitgliedern, die durch diese Einschränkung besonders betroffen werden, helfen zu können, ist die Einführung von **Notstandsunterstützung** vorgesehen, die aus Mitteln der Hauptkasse gewährt wird.

Ein Vergleich der früheren und zukünftigen **Streikunterstützung** ergibt bei 75 bzw. 95 Pf. Beitrag nach dreijähriger Mitgliedschaft bisher 66,50 Mk. und in Zukunft 52,50 Mk., bei zehnjähriger Mitgliedschaft bisher 133 Mk. und in Zukunft 105 Mk. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß beim Tode der Ehefrau bisher die Hälfte und in Zukunft zwei Drittel der Unterstützung gewährt werden sollen.

Ausgesteuerte Mitglieder, die sich auf der Durchreise befinden, sollen nach dem neuen Vorschlag **Anspruch** auf eine örtlich festgesetzte **Reiseunterstützung** haben, damit die bisherige unterschiedliche Behandlung der einzelnen durchreisenden Kollegen unterbleiben kann.

Die **Neuregelung der Streik- und Gemafregelnunterstützung** erscheint besonders schwierig, weil die bisherigen Satzungen der zu vereinigenden Verbände außerordentlich stark voneinander abweichen. Der Verkehrsbund, der bisher von Streiks und Aussperrungen viel stärker als unser Verband betroffen wurde, zahlte je nach der Dauer der Mitgliedschaft das 10fache bis 24fache des Wochenbeitrages als Unterstützung. Der neue Vorschlag sieht das 15fache bis 24fache vor, gestaffelt nach der Mitgliedschaftsdauer. Das bedeutet gegenüber unseren bisherigen Verhältnissen eine wesentliche Herabsetzung der Unterstützung, dagegen eine Erhöhung für die Mitgliedschaft des Verkehrsbundes. Waren Streiks und Aussperrungen in unserem bisherigen Organisationsgebiet weniger vorhanden, so darf erwartet werden, daß diese bei dem Einfluß der zukünftigen Großorganisation in öffentlichen Betrieben auf ein Minimum beschränkt bleiben. Unter dieser Voraussetzung wird in der Praxis die Herabsetzung der Streikunterstützung für unsere Mitglieder fast nicht in Erscheinung treten. Wir wollen jedoch der Klarstellung halber auch hier eine Gegenüberstellung vornehmen, bei welcher wiederum der Beitrag von 75 bzw. 95 Pf. Voraussetzung ist. Bisher bei einjähriger Mitgliedschaft 23,75 Mk., in Zukunft 13,50 Mk., bisher bei fünfjähriger Mitgliedschaft 23,75 Mk. und in Zukunft 18 Mk.

Die **Umszugsunterstützung**, die nur in unserem Verband seit dem 1. Januar 1929 eingeführt war, wird nach der Zusammenlegung sinngemäß auf alle Mitglieder übertragen.

Zum Schluß sei darauf verwiesen, daß die Gestaltung des neuen Statuts mit aller Vorsicht vorgenommen werden muß, das Risiko, das durch das Anrecht auf Unterstützungen besteht, ist bei der Struktur der drei Verbände grundverschieden, so daß erst nach

Ablauf einer bestimmten Zeit übersichtlich wird, wieweit das Unterstützungsweien besser ausgestaltet werden kann.

Stellen wir deshalb bei den kommenden Beratungen kleinliche Bedenken zurück, erblicken wir in der stärkeren Stoßkraft einer Großorganisation die Hauptaufgabe, die der kommende Verbandstag zu lösen hat, und hoffen, daß die späteren Verbandstagen einen weiteren Ausbau der Unterstützungseinrichtungen vornehmen können. An Anregungen aus der Mitgliedschaft wird es erfahrungsgemäß nicht mangeln. O. W.

Rundschau

Volksvermögen. Das Volksvermögen eines Landes läßt sich nicht so leicht schätzen. Genaue Angaben, die mit statistischem Material belegt werden, lassen sich überhaupt nicht machen. Neben dem Grund und Boden, der wichtigste Teil des Volksvermögens, müssen der Hausbesitz, die Industrie, die Verkehrsmittel und Güter- und Vermögenswerte aller Art bei der Abschätzung berücksichtigt werden. Es ist dies durchaus nicht so leicht, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Man nehme den Hausbesitz, die vielen drei- und vierstöckigen Häuser, die großen und kleinen Dillen und Schlösser, die Verwaltungsgebäude, die Kirchen, die vielen Wirtschaftsgebäude — und man hat eine ungefähre Vorstellung von dem ungeheuren Wert, der in diesen Einrichtungen steckt. Oder man denke an den Viehbestand Deutschlands: 20 Millionen Schweine, 75 Millionen Hühner, 18 Millionen Rindvieh und 3,7 Millionen Pferde. Zu dem Volksvermögen gehören auch der Schiffspark, die städtischen Werke, die Kanäle, die Maschinen in den Fabriken, die Eisenbahn, die Post und Telegraphie. Was das alles für einen Wert hat? Darüber gehen die Meinungen sehr auseinander. Vor dem Kriege wurde das deutsche Volksvermögen auf rund 460 Milliarden Mark geschätzt. Es ist dies diejenige Zahl, die in der Vorkriegszeit am gebräuchlichsten war. Andere Schätzungen bezifferten das Volksvermögen höher und niedriger, jedoch bestand Einigkeit darüber, daß diese Zahl so ungefähr das Richtige treffe. Neue Schätzungen kommen nun unter Berücksichtigung des abgetretenen Gebietes, den Verlust der Kolonien, der Verarmung und Auslandsverschuldung sowie sonstiger Momente zu der Auffassung, daß heute das deutsche Volksvermögen mit etwa 350 Milliarden Mark angenommen werden könne. Wenn diese Schätzung richtig wäre, dann hätte sich das deutsche Volksvermögen gegenüber der Vorkriegszeit um 110 Milliarden Mark verringert. Es gibt aber auch heute, genau wie in der Vorkriegszeit, Schätzungen, die zu wesentlichen anderen Ergebnissen kommen. Mehrere solcher Schätzungen beziffern das heutige deutsche Volksvermögen auf rund 200 Milliarden Mark, was einer Verringerung gegen vor dem Kriege um mehr als die Hälfte entsprechen würde. Nun sind aber zu den alten Werten viele neue hinzugekommen, und zwar durch Neubauten aller Art, und schließlich fügt jeder Arbeiter und Angestellte durch die Erzeugung von Waren, und seien es Bleistifte oder Stahlsebern, dauernd Teile zu dem alten Volksvermögen. Der durch den Krieg und die Abtretung der Gebiete entstandene Verlust an Volksvermögen ist daher durch Neuschaffung zu einem geringen Teil wieder ausgeglichen. Die eigentliche Größe des Volksvermögens aber läßt sich schwer ermitteln, und man hat bisher in keinem Lande den Schlüssel zur Lösung dieses Problems gefunden. E. H.

lassen. Es ging nicht um Zulagen, obwohl ein Familienvater mit 120 Dollar Monatsgehalt, wie diese Straßenbahner hier, keinen Cent zuviel hat. Aber der Public Service wollte jetzt endlich seinem Publikum statt des Service seine Macht zeigen. To hire and to fire — Leute zu heuern und hinauszufeuern, wann er will. Ohne Kontrolle der Arbeiterunion. Von ihren 1800 Leuten schloß die Gesellschaft herausfordernd 400, die nicht der Labour-Union angehörten, zu einem eigenen Arbeiterverband zusammen. Er erhielt den sinnigen Namen „Social Club“.

Nun Schlag auf Schlag! Die Union verlangte Auflösung und Entlassung dieser Ueberläufer. Die Company verweigerte sie. Antwort: die Streikparole! Auf beiden Seiten der Ruf: zu den Waffen!

Er ist wörtlich zu nehmen. Ein paar Tage später hatten die streikenden Straßenbahner zwei Tote und Verwundete. Wo es Bahnhöfen gab, war Kriegsschauplatz, und die Company hatte die Wagenschuppen auf ihren Endstationen zu Hauptquartieren gemacht, in denen sie unter polizeilichem Schuß ihre Anhänger versammelte. Aber um den Betrieb aufrechtzuerhalten, waren es nicht genug. Telephon, Telegraph arbeiteten. Es gibt in den Staaten eine Liga berufsmäßiger Streikbrecher mit Sigen in New York, Chicago, St. Louis. Von dort verschrieb man sich Leute. Zuerst tausend. Die Mitglieder dieses Verbandes haben einen Spitznamen: The Company busters — weil sie jede Gesellschaft, die ihre Hilfe anruft, mit ihren Forderungen ruinieren, wie eben ein „Säsewind“.

In New Orleans bewilligte man jedem, der eine Elektrische durch die Straßen führte, täglich 10 Dollar und das Verfügungsrecht über alles Nickelgeld, das er als Schaffner kassierte. Es sind tolle Typen, diese professionellen Streikbrecher aus dem Norden. Als hätten die Kaschemmen von Chicago und die Zuchtquartiere von Sing-Sing ihre Stammgäste an die Schalthebel der Straßenbahn von New Orleans gestellt. Sie fahren in ihrem Zivil, den Hut verwegen im Genick; magere Gesichter, meist mit unruhigen, übelgelaunten Augen. So oft ich eine Straßenbahn, die sie führten, fotografierte, hielten sie ängstlich den Hut vors Gesicht. Sie wissen, daß aus so einer Photographie schnell ein Steckbrief gegen ihr Streikbrechertum wird, wenn sie in die Hände der streikenden, zur Lynchjustiz bereiten Masse gelangt.

Lynchjustiz! An dem Tage, an dem Autobusse die Streikbrecher zum erstenmal zur Arbeitsstelle schaffen sollten, trieben vierzig Polizisten, auf Motorrädern manövrierend, mit vorgehaltenen Revolvern die Menge zurück. Dann war es vorbei. Die erste Bahn, die von den Streikbrechern auf die Straße geführt wurde, endete als Trümmerhaufen unter der Attacke der Empörten: die nächste verbrannte zu Schutt und Asche. Es war auf einmal klar, daß sich die Company endgültig alle Sympathien verschert hatte. Man rief die Feuerwehr zu dem brennenden Wagen. Sie kam — und wartete seelenruhig mit ihren Spritzen, bis von den Streikenden so viel Benzin über die Elektrische gegossen war, daß Wasser nicht mehr helfen — lies: schaden — konnte. Die Polizei sah zu.

Für ein amerikanisches Millionenunternehmen ist das durch-

Der 61. englische Gewerkschaftskongreß

Die Bedeutung des in der ersten Septemberwoche in der nordirischen Stadt Belfast abgehaltenen Kongresses liegt vor allem auf historischem Gebiete. Im Jahre 1893, vor nunmehr 36 Jahren, tagte der Kongreß zum ersten Male in Belfast. Damals feierte der im Jahre 1889 geborene „Neu-Trade-Unionismus“ große Triumphe. Der Sieg, den der „Neu-Trade-Unionismus“ in Belfast errang, wurde auch von der damals noch sehr jungen und schwachen deutschen Gewerkschaftsbewegung freudig begrüßt, weshalb es sich lohnt, die Vergangenheit noch einmal an unserem geistigen Auge vorbeiziehen zu lassen.

Man muß schon in dem Geschichtswerke der Gewerkschaftsbewegung nachblättern, um zu erfahren, was der „Neu-Trade-Unionismus“ eigentlich war. Es ist bekannt, daß die englische Gewerkschaftsbewegung auf eine über hundertjährige Geschichte zurückblicken kann. Durch den „Neu-Trade-Unionismus“ feierte die Bewegung eine Art Wiederauferstehung. Ursprünglich war das gewerkschaftliche Leben nur für die „Facharbeiter“ gedacht, das große Heer der ungelerten Arbeiter stand außerhalb seines Rahmens. Im Jahre 1889 waren es Ben Tillet, John Burns, Tom Mann, die durch die Gründung „Allgemeiner Arbeiterunionen“ den „Neu-Trade-Unionismus“ schufen und dadurch der gesamten Arbeiterbewegung einen neuen Impuls gaben.

Der Zufall wollte es nun, daß der diesjährige Präsident des Kongresses der nun fast 70 Jahre alte Ben Tillet war, durch dessen Person leuchtete die Vergangenheit hell auf. Er war es, der auf dem Kongreß von 1893 einen Antrag auf Schaffung einer politischen Arbeiterpartei einbrachte. Trotzdem der Antrag angenommen wurde, dauerte es doch noch bis 1900, ehe die Arbeiterpartei zur Wirklichkeit wurde.

Jedoch, der „Neu-Trade-Unionismus“ hatte noch andere Eigenschaften, die uns als moderne Gewerkschafter besonders interessieren. Er sagte den „alten“ Berufsverbänden mit ihren Unterstützungseinrichtungen den Kampf an. Keine Kampforganisationen im Gegensatz zu den Unterstützungsvereinigungen sollten geschaffen werden.

In den 36 Jahren, die seit dem ersten Belfast Kongreß dahingegangen sind, hat sich gar vieles verändert: Wir kennen heute nichts mehr von „Neu-Trade-Unionismus“, von dem auch in unseren deutschen Gewerkschaftsversammlungen viel gesprochen wurde. Symbolisch gesprochen ist durch die Vereinigung von „altem“ und „neuem“ Trade-Unionismus die Synthese der modernen Gewerkschaftsbewegung entstanden. Auch in Deutschland lernten wir trotz der wohlausgebauten Unterstützungseinrichtungen den Kampfgeist in unseren Organisationen wach zu halten. Wir lernten von den Engländern. Dort zeigte sich gar bald, daß die Verbände ohne Unterstützungseinrichtungen in Zeiten der Krise und des wirtschaftlichen Tiefstandes keine Widerstandskraft hatten. Es kam nicht nur darauf an, Mitglieder zu werben,

sondern, was viel wichtiger ist, die gewonnenen Mitglieder zu halten, und dazu dienten und dienen die Unterstützungseinrichtungen. Jedoch haben diese Einrichtungen auch, noch einen eminent erzieherischen Sinn, sie bereiteten das soziale Milieu vor, aus dem das soziale staatliche Versicherungswesen unserer Tage hervorging.

Zu den Bannerträgern des „Neu-Trade-Unionismus“ gehörte ganz besonders unsere Bruderorganisation, die ursprünglich unter dem Namen Verband der Gasarbeiter im Jahre 1889 ins Leben trat. Will Thome, Gründer der Organisation und Freund von Marx' berühmter Tochter Eleonore kam bald an die Spitze der Gesamtbewegung, während Tom Mann und John Burns sich vorwiegend politisch betätigten und der Gewerkschaftsbewegung verlorengingen. Aus dem Verband der Gasarbeiter, der später den Namen „Verband Ungelernter Arbeiter“ annahm, entstand schließlich nach dem Kriege der „Verband Ungelernter und Gemeindegelernter“. Bemerkenswert sei noch, daß aus unserem Bruderverband eine Reihe bedeutender Arbeiterführer hervorging. Außer Clynes, jetziger Minister des Innern, ist der verstorbene Pete Curran zu nennen, der nicht nur auf den Gewerkschaftskongressen einen wohlklingenden Namen hatte, sondern auch zu den Gründern der Arbeiterpartei gezählt werden muß. Will Thorne gehört seit 1894 ununterbrochen der Dachorganisation der Gewerkschaften an. Seit 1900 ist er Mitglied des Parlaments. Margarethe Bondfield, jetziger Arbeitsminister, ist seit Jahren Angestellte unserer Bruderorganisation. Ihre Laufbahn begann sie als Ladengehilfin, sie war auch zuerst im Verbands der Ladengehilfen und -gehilfinen tätig.

Der diesjährige Kongreß verlief ohne „Sensationen“. Es gab keine „Auftritte“ zwischen „rechts“ und „links“. Die englischen Arbeiter warten auf die Taten der Arbeiterregierung, auf die sie mit Verehrung blicken. Ben Tillet erklärte als Präsident, vom Premierminister Ramsay MacDonald habe er die Zusicherung erhalten, das Antigewerkschaftsgesetz solle schnellstens durch eine neue Gewerkschaftscharte ersetzt werden.

Seit einigen Jahren spielt das Organisationsproblem eine gewichtige Rolle. Man spricht viel von Industrieverbänden, ohne jedoch vom Fleck zu kommen. Wie ein Bleigewicht hängt die Tradition an den alten Verbänden. Trotzdem beispielsweise der ursprüngliche Verband der Maschinenbauer schon im Jahre 1850 das System des Industrieverbandes erfand, bestehen noch heute in der Metallindustrie 187 Verbände. In diesem Jahre waren es die Bergarbeiter, die das Problem vor das Forum des Kongresses brachten und sich über Mitgliederfang „der andern“ beklagten. Nach ihrem Plane soll „für jede Industrie nur ein Verband“ bestehen. Mit schönen Redensarten ist hier aber nichts anzufangen. Hier heißt es Hand ans Werk zu legen. Mit Recht mußten es sich

aus kein Anlaß zum Verzweifeln. Denn als die Gesellschaft merkte, daß die lokalen Gewalten im Staat Louisiana gegen sie waren, blieb noch der Weg nach Washington. Vor die Schranken des Federal Court. Und beim föderativen Gerichtshof erwirkte man ein Urteil, das die Gesellschaft unantastbar heilig sprach: Eigentum und Tätigkeit der Public Service Inc. wurden unter den unmittelbaren überstaatlichen Schutz der USA. gestellt. Das bedeutete, wer jetzt eine Straßenbahn angreifen oder aufhalten wollte, verwirkte unweigerlich die Strafe, die das Gesetz für Hochverräter vorsieht, wenigstens vierzehn Jahre Zuchthaus. Seitdem prangen an den Elektrischen von New Orleans Plakate, die all dies dem Publikum kund und zu wissen geben. Und neben dem Streikbrecher, der als Fahrer den Motor bedient, steht statt des Polizisten ein Zivilist mit dem silbernen Stern der Unantastbarkeit auf der Brust; ein Deputierter der USA.

Jetzt fängt der Streik erst an, sich in der Stadt zu entfalten. Die Straßenbahnen fahren ungestört, jawohl. Aber niemand fährt in den Straßenbahnen. Denn jeder weiß, daß die Fahrgäste, die vereinzelt, hinter einer Zeitung verborgen, so merkwürdig ausdauernd am Fenster sitzen, nur frisierte Streikbrecher sind, Publikumsstreik-Brecher.

Warum soll man Straßenbahn fahren? — Tausenden ist es niemals besser gegangen als gerade jetzt. Eine neue Einnahmequelle ist entdeckt, wie sie in solcher Vollkommenheit nur in Amerika denkbar ist, das Trolley-Fahren. — „Trolley“ ist jedes Privatauto, vom Zweifacher aufwärts, das die Funktionen eines

Autobusses einfach dadurch übernimmt, daß sein Besitzer an die Windschutzscheibe ein Pappschild hängt, aus dem jeder Passant ersehen kann, wohin er fährt. Plötzlich sind dem Streik neue Seiten abgewonnen, uramerikanisch, befriedigend. Ein neues business, ernsthaft lohnend, ein neues entertainment, ein Heidenpaß. Eines von beiden ist jedenfalls der Grund, weswegen die Autobesitzer von New Orleans — das sind in dieser halben Millionenstadt achtzigtausend — ihre Wagen mobilisiert haben. Auf dem New Yorker Broadway ist zur Theaterzeit nicht so ein Verkehr wie hier.

Einen Titney — das bedeutet nichts anderes als fünf Cent — kostete zuerst eine Fahrt, stieg aufs Doppelte und wurde auf einmal fester Tarif. — „Bisher für Mädels umsonst, von jetzt an zehn Cent“ verkünden Plakate an den Scheiben. Genau auf den Strecken, die bisher nur die Straßenbahn fuhr, verkehren Titneys. Und obwohl die Wagen natürlich nach dem Gesetz unlauteren Wettbewerbs treiben, gibt jeder Schußmann Auskunft, an welcher Ecke man den richtigen erwischt.

Die ältesten Autos sind wieder flott gemacht, hochrädig, schrecklich klappernd. Täglich melden sich zweitausend Bürger zur Führerprüfung. Arbeitslose, Streikende sitzen am Steuer und bringen ihren Frauen mehr Geld nach Hause, als sie je an Lohn verdienten. Der Gemüsemann läßt seine Familie am Marktstand und schafft als Titneyfahrer Kapital. Schulfugend wittert eine glänzende Gelegenheit zur Aufbesserung ihres Taschengeldes. Ich sah ein junges Mädchen am Steuer, elegant, schal nach Pariser Mode quer über der Schulter, und ihr Brüderchen, ein zehn-

die Bergarbeiter sagen lassen: Ist es euch Ernst mit der Schaffung von Industrieverbänden, so fangt bitte bei euch selbst einmal an. In der Tat bestehen im Kohlenbergbau etwa 200 selbständige Organisationen, die zu einer losen Föderation zusammengeschlossen sind. Der Generalkrat steht wohl nicht mit Unrecht auf dem Standpunkt, der Versuch sei gefährlich, mit Gewalt reorganisieren zu wollen. Der Wille zur Verschmelzung könne nicht von oben nach unten erzwungen werden, der Wille zum Industrieverband müsse aus den Kreisen der Mitglieder kommen. Ueberhaupt sei es schwer, eine Abgrenzung der einzelnen Industrien vorzunehmen, was besonders bei Chemie und Bergbau in die Augen springend sei. Allgemeine Heiterkeit erzeugte es, als ein Delegierter durch Zuruf erklärte, genau gesprochen gehörten die Bergarbeiter in den allgemeinen Verband der ungelerten Arbeiter, weil dieser die Industrie der Chemie vertrete! Der Antrag der Bergarbeiter wurde abgelehnt. Wir Deutsche haben eigentlich alle Ursache, die Engländer zu bedauern. Freilich gibt es auch bei uns Zersplitterung. Wir haben die Christen, die Hirsche u. a., und doch dürfen wir mit Stolz auf unser Organisationsleben hinweisen. Wir haben das Prinzip des Industrieverbandes stark durchgeführt.

Seit den bekannten Mond-Turner-Besprechungen steht das Rationalisierungsproblem im Vordergrund aller gewerkschaftlichen Debatten. In einer Entschließung betonte der Kongress neuerlich die Notwendigkeit wissenschaftlicher Organisation und Methoden. Die Redner verkanteten die auftauchenden Schwierigkeiten nicht. Duk es vom Verkehrsbund sprach von der „Angstpsychologie“, die die Arbeiterschaft erfasse. Die Rationalisierung habe bis jetzt nicht immer gute Eigenschaften gezeitigt. Es gäbe Fälle, wo die Rationalisierung weder den Arbeitern noch den Konsumenten genügt habe. Die Preise seien nicht gesunken und der Lebensstandard habe sich nicht gehoben. Die größte Gefahr bei der Rationalisierung bestehe darin, daß die gewerkschaftliche Organisation geschwächt werde. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, alles daran zu setzen, ihre Organisationen zu stärken, um so auf die Industrie immer größeren Einfluß zu gewinnen. Mittel und Wege müssen gefunden werden, der durch Rationalisierung hervorgerufenen Arbeitslosigkeit entgegenzuarbeiten. In einem Zusatz zur Entschließung wird verlangt, daß durch die Rationalisierung keine Arbeiter entlassen werden dürfen, bis für diese neue Stellen gefunden sind.

Duk es, der die Entschließung dem Kongress unterbreitete, machte Ausführungen, die zum Nachdenken Veranlassung geben. Er sagte u. a., in bestimmten rationalisierten Betrieben sei man zur Untergrabung der Gewerkschaften und Gründung von Werksorganisationen geschritten. Wo das geschehe, halte es schwer, den gewerkschaftlichen Geist hochzuhalten, woraus sich auch der Mitgliederrückgang erklärt, von dem weiter unten kurz gesprochen wird. Es ist freilich nicht leicht zu begreifen, wie die Rationalisierung an sich schuld an solchen Sachen sein kann. Gewiß, wahr ist, auch in Amerika sind die Gewerkschaften in den letzten acht

Jahren sehr zurückgegangen, während die „Company Unions“ (Werksgemeinschaften) üppig gedeihen. Das liegt natürlich nicht in erster Linie an der Rationalisierung, sondern an den eigentümlichen Verhältnissen, an deren Gestaltung die Gewerkschaften in Amerika nicht unschuldig sind. Und in England? Den englischen Gewerkschaften kann der schwere Vorwurf nicht erspart werden, in den ersten Jahren nach dem Kriege gar manches versäumt zu haben. Fehler wurden gemacht, die sich nun schwer rächen. Jedoch führt es zu weit, auf diese Dinge jetzt eingehen zu wollen.

Ein Antrag, der den amtlichen Lebensstandardindex, der aus der Vorkriegszeit stammt und die veränderten Verhältnisse außer acht lasse, verändert wissen will, wurde dem Generalkrat auf dessen Wunsch zur weiteren Untersuchung überwiesen, nachdem Walter Citrine (vom Generalkrat) auf die Gefahr hingewiesen, in der Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes eine Aenderung vornehmen zu wollen. Besser und vorsichtiger sei es, hiermit zu warten, bis die wirtschaftliche Lage sich gebessert habe.

Leider ist der Mitgliederstand der englischen Gewerkschaften auch im letzten Jahre wieder gesunken. Auch hier zeigt sich, die deutschen Gewerkschaften sind eher in der Lage, das wirtschaftliche Getriebe zu kontrollieren als die Engländer. In Deutschland konstatieren wir mit Freuden, wie sich der Mitgliederstand von Monat zu Monat steigert. Es scheint fast so, daß unsere englischen Freunde von den viel jüngeren deutschen Gewerkschaften doch noch etwas lernen können. Das auszusprechen ist keine Ueberhebung, aber was ist, braucht nicht verschwiegen zu werden.

B. Weingarth.

Der Straßenbau und seine Berufsgefahren

Der moderne Zeitgeist bringt einen Beruf ins Vordertreffen, der früher ziemlich unbekannt und unbeachtet war. Vor nicht allzulanger Zeit noch belastete der Fuhrwerksverkehr die Landstraßen nicht allzu stark. Die größeren Transporte, und solche über weite Strecken wurden der Eisenbahn anvertraut. Entsprechend der Belastung der Landstraßen und Chausseen war ihre Instandhaltung ziemlich einfach. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen waren Gemeinde-, Kreis- und Provinzialbehörden verpflichtet, die Landstraßen im guten Zustande zu erhalten. Die Arbeiten selbst wurden, wenn es sich nicht um große Neuanlagen handelte, von Straßen- und Wegewärtern ausgeführt. Teils waren diese Kollegen voll beschäftigt, aber auch ein großer Teil besonders auf Straßen zweiter Ordnung war nur nebenamtlich tätig. Der neuzeitliche Verkehr stellt nun besonders starke Anforderungen an die Landstraßen und damit auch an die dort Beschäftigten. Große Warentransporte gehen per Lastwagen von Ort zu Ort. Selbst auf weite Entfernungen dient das neue Verkehrsmittel, das Auto, dem Waren- und Personenverkehr. Die großen, schweren Lastwagen, zum Teil noch mit Vollgummibereifung, verursachen starke Erschütterungen und Zerstörungen der Landstraße. Für die schnellfahrenden Personenkraftwagen entstehen dadurch größere

jähriger Junge, stand auf dem Trittbrett des splendiden Sechsigers barhäuptig als Ausrufer der Fahrtrichtung: „Canal Street — Canal Street!“ An der nächsten Ecke war der Wagen besetzt, der Kleine kassierte. Und sie alle, die Arbeitslosen, die Streikenden, die Autohändler, deren Abgang endlich wieder steigt, sind plötzlich einig: der Kuckuck hole die Straßenbahn.

Er wird sie nicht holen. Aber zunächst sieht es so aus. Nur die wenigen, die weiter sehen, wissen, daß diesen Streik die ganze Stadt bezahlt. Aber nachdem die ersten Straßenbahnen in Trümmer gingen, verlangt kein Großbetrieb mehr von seinen Angestellten ihre Benutzung. Zum Geschäftschluß lassen die Warenhäuser alles vorfahren, was in ihren Garagen Räder hat. Und Damen und Herren werden vom Cabentisch auf Lastwagen in ihre Quartiere gebracht; oder in kleinen Lieferwagen, deren Tür man offen läßt, damit die Insassen nicht ersticken. Photographen laufen mit gezückter Kamera hinterdrein. Inzwischen wird in der Presse der Abgang jeder einzelnen Straßenbahn, ihre Ankunft an der Endstation und die dabei überstandenen Gefahren mit der Genauigkeit eines Zeppelinberichtes geschildert.

Die Fäden werden immer verworrener. Die Zwischenfälle immer drastischer, teils Tragödie, teils Komödie. An den Gasröhren der Company wird eine Dynamitbombe kurz vor der Explosion entdeckt; ein Mann wird vom USA-Deputierten verhaftet, weil er von seinem vollbesetzten Jitney aus einer Straßenbahn nachgerufen hatte: „Sieh mal, ich habe mehr Passagiere als du! Und oben im Stadtrat sitzt eine Kommission schiebsrichternder

Kaufleute, die abwechselnd den Standpunkt der Streikenden und — dies nicht ohne persönlichen Anlaß — den Millionen der Company recht geben, die seit drei Wochen täglich vierzigtausend Dollar für ihre Front ausgeben.

Aber die Frauen — in den Staaten eine Macht, die jeder Direktor wie jeder Filmstar fürchtet — stärken die anderen. Am 23. Juli 1929 geben sie die neue Parole aus: „Kocher ohne Gas, brenne Kerzenlicht, fahre Jitney oder gehe zu Fuß.“ — Arbeiter-Unionistinnen aus dem Norden treten zum Rednerpult: „Wir erinnern uns, wie unsere Männer für 25 Dollar die Woche arbeiten mußten. Wer hat dem ein Ende gemacht? Die Labour-Union. Darum folgt ihren Führern.“ — Und der letzte Trumpf: die Streikerversammlung. Ein Monster-Maß-Meeting, wie man hier sagt. Sechzigtausend Menschen umstehen die reich illuminierte Rednertribüne unter dem wehenden Sternbanner. Der Polizeichef, dicke Goldstreifen am Ärmel, regelt persönlich den Strom der Autos.

* * *

Kleines Nachspiel: am gleichen Tage hielt ich einen Jitney an, der ein Schild „Royal Street“ führte. Ich wollte aber mit meiner Frau nach dem Audubon-Park, genau am entgegengesetzten Ende der Stadt. Daraufhin holte der Mann ein Schild mit dieser Aufschrift aus der Rocktasche, tauschte es gegen das andere ein und nahm nun alle Passanten mit, die wie wir zum Audubon-Park wollten. — „Das macht Ihnen keine Straßenbahn“, sagte er bloß.

Gefahren, die besonders bei kurvenreichen Wegen nicht zu unterschätzen sind. Die Landstraße bedarf deshalb, selbst wenn sie mit den modernsten Straßenbaumitteln hergestellt ist, ständiger Ueberwachung.

Es ist heute nicht unsere Aufgabe, über die verschiedensten Systeme des Straßenbaus zu schreiben, sondern wir wollen an Hand der veränderten Betriebsverhältnisse feststellen, daß die Straßenwärter und -aufseher in ihrem Lohn- und Arbeitsverhältnis entsprechend der gesteigerten Anforderung bewertet werden müssen. Außer Tarifverträgen müssen wir den Ausbau der Unfallverhütungsmaßnahmen fordern. Allzuoft wird bei Lohn- und Tarifverhandlungen von Arbeitgeberseite der Beruf der Straßenwärter als leicht bezeichnet. Wir sind in der Lage zu beweisen, daß unter den heutigen Verkehrsverhältnissen die erwählten Berufe den Schwerstarbeitern zuzurechnen sind. Abgesehen davon, daß die Straßenwärter viel zu Straßenbauarbeiten herangezogen werden, dank der Erkenntnis, daß Eigenregiearbeit billiger ist, werden auch sonst größere Anforderungen an die Berufskollegen gestellt. Der Wegwärter ist jeder Unbill der Witterung ausgesetzt, und im verflochtenen strengen Winter konnte man feststellen, daß gerade, weil durch die übergroße Glätte die Gefahren auf der Straße besonders groß waren, die Kollegen selbst bei der großen Kälte ihren Dienst acht Stunden verrichten mußten. Außerdem kommt zu der Arbeit noch die Verkehrszählung, die leider in manchen Kreisen noch schlecht organisiert ist, so daß Fälle vorgekommen sind, wo der Wegwärter nach vollendeter Achtstundenschicht, nach zweistündiger Ruhepause, die ganze Nacht manchmal bei starker Kälte als Zähler auf der Landstraße anwesend war, um nach zwei- bis dreistündiger Pause wieder Arbeitsdienst auf der Landstraße zu machen.

Die Äußerung, daß der Beruf der Landstraßenwärter kein allzu schwerer sei, rührt daher, daß viele Aufsichtsbehörden, vor allen Dingen die Kreisbauämter sparen wollen, und wie das in ähnlichen Fällen immer wieder vorkommt, ist der Arbeitnehmer das geeignetste Objekt, bei dem diese Sparversuche unternommen werden. Wenn wir auch anerkennen, daß die Mittel manchmal sehr knapp bemessen sind, besonders weil die Finanzierung des Straßenbaues noch nicht großzügig organisiert ist (wir beschäftigten uns mit dieser Frage in Nr. 31 der „Gewerkschaft“), müssen wir alle Sparversuche auf Kosten der Straßenwärter grundsätzlich ablehnen. Im Gegenteil verlangen wir, daß im Einvernehmen mit den Betriebsvertretungen die Unfallverhütungsmaßnahmen besser ausgebaut werden. Die fortschreitende Automobilisierung, vor allen Dingen die schnellfahrenden Personautos, ja man kann oft von einer Kaserne dieser Fahrzeuge reden, bringen immer wieder unsere Kollegen auf ihren Dienstgängen und Arbeitsverrichtungen in Gefahr. Bei Neubauten wird die Sicherung einfach herzustellen sein, indem bestimmte Teile der Straße gesperrt werden. Das gefährlichste Moment ist aber bei den kleineren Reparaturen zu finden, und hier ist es notwendig, Posten aufzustellen oder Warnungssignale anzubringen.

Als eine gefährliche Arbeit muß auch das Ausästen der Bäume bezeichnet werden, das besonders im Herbst und Winter vorgenommen wird. Verflochtenen Winter konnten wir wiederholt feststellen, daß Wegwärter ohne jeden Schutz auf vereisten Bäumen tätig waren.

Weiter soll der Wegwärter der Staubentwicklung auf der Landstraße sein Augenmerk widmen, da auch hier die Gefahrenquelle für ihn vorhanden ist. In der letzten Zeit bringt zwar die Teerung der Landstraße eine Bindung des Staubes, doch ist dieser Arbeitsvorgang auch nicht ungefährlich. Die Ansichten der Aerzte gehen allerdings über die Gesundheitsgefahren bei der Teerverarbeitung auseinander. Es sind aber doch Fälle bekannt, wo nach Teerarbeiten bössartige Hautausschläge entstanden.

Fast 50 000 Kollegen sind jetzt im Deutschen Reich auf den verschiedensten Kreis-, Provinzial- und Staatsstraßen beschäftigt. Ein großer Teil davon hat den Weg zu unserer Organisation gefunden, doch leider und bestimmt durch die Eigenart des Berufes, weil die Verbindungen der einzelnen Kollegen untereinander schwer herzustellen ist, stehen noch Tausende von Kollegen der Organisation fremd gegenüber. Nicht nur die Verbesserung der Lohn- und sonstigen Tarife ist unsere Aufgabe, sondern in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten wollen wir auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Ausbildung unsere Straßenwärter und -aufseher in die Lage versetzen, all diesen Fragen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, und mit uns gemeinsam für besseren Arbeitsschutz und besseres Arbeitsrecht zu kämpfen. K. Ho.

Aus unserer Bewegung

Berlin. Das Ergebnis der Betriebsrätewahl für die Kammereibetriebe liegt nunmehr vor. Es wurden in 47 Dienststellen mit 32 063 Beschäftigten 47 Einzelbetriebsräte mit 402 Betriebsratsmitgliedern gewählt. Von den 402 Betriebsräten gehören an: 325 dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 5 dem Deutschen Verkehrsbund, 5 dem Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, 30 dem Zentralverband der Angestellten, 29 anderen freien Gewerkschaften und 8 gegnerischen Organisationen. Also sind 97,54 Proz. freigewerkschaftlich und nur 2,46 Proz. anderweitig organisiert. — Die Gruppenräte setzen sich aus 342 Arbeiterräten und 252 Angestelltenräten zusammen. Von den 342 Arbeiterräten gehören an: 324 dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 5 dem Verkehrsbund, 5 dem Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, 3 anderen freien Gewerkschaften und 5 gegnerischen Verbänden. Also sind 98,54 Proz. freigewerkschaftlich und nur 1,46 Proz. anderweitig organisiert. — Von den 252 Angestelltenräten sind organisiert: 124 in unserer Gruppe Reichsbund der Beamten und Angestellten, 72 im Zentralverband der Angestellten, 44 in anderen freien Gewerkschaften, 11 in gegnerischen Verbänden; einer ist unorganisiert. Also sind 95,24 Proz. freigewerkschaftlich und 4,76 Proz. anderweitig oder gar nicht organisiert. — Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß sich der freigewerkschaftliche Gedanke unter den Arbeitern fast restlos durchgesetzt hat und unser Verband die ausschlaggebende Organisation in den städtischen Betrieben ist.

Fraustadt (Schles.). In der Mitgliederversammlung am 6. September referierte Kollege Will (Breslau) über „Die Entwicklung unseres Verbandes und der Stand der Verschmelzungsfrage“. Einmütig waren die Kollegen für die Zusammenlegung der drei Verbände zu einer Großorganisation. Dann fand eine reichliche Aussprache über die örtlichen Verhältnisse sowie über die Kommunalwahlen statt.

Göttingen. In der Mitgliederversammlung am 30. August referierte Kollege Meißner über die Verschmelzungsverhandlungen. In der Diskussion stimmten alle Redner den Ausführungen des Kollegen Meißner zu. Sie brachten zum Ausdruck, daß es zu begrüßen ist, wenn die Verschmelzung dieser beiden großen Organisationen durchgeführt wird. Auch die Verschmelzung mit dem Gärtnerverband wurde lebhaft begrüßt. Da die Entwicklung der Filiale Göttingen gut ist, wird nach der Verschmelzung durch die Befestigung des Ortsbüros mit einem Angestellten sicher noch ein weiterer Aufstieg folgen. Die Kollegen gelobten auch in der neuen Organisation tatkräftig für die Ausbreitung und Stärkung des Verbandes zu wirken.

Lüben (Schlesien). In gut besuchten Versammlungen der städtischen Arbeiter am 7. September und der Landstraßenwärter am 8. September in Kohnau referierte Kollege Will (Breslau) über „Der Stand der Verschmelzung und die Entwicklung unseres Verbandes“. Der Vorsitzende gab einen Bericht über den letzten Lohnabschluß. Die städtischen Arbeiter und die Landstraßenwärter erkannten an, daß das vom Verband Erreichte anzuerkennen ist. Nachdem noch die Kommunalwahlen gestreift waren, schloß der Vorsitzende mit dem Appell die Versammlung, daß alle Kollegen sowie ihre wahlberechtigten Angehörigen sich geschlossen für die Liste der Arbeitervertreter einsetzen.

Wirtschaftsbezirk Ostpreußen. Wie uns die Wirtschaftsbezirksleitung berichtigt mittelt, ist der Antrag auf Urabstimmung über die Verschmelzung nicht angenommen, sondern abgelehnt worden.

Rundschau

Charakter und stolzer Mensch. Kämpfer verlangt unsere Zeit, ganze Kämpfer, die bereit sind zum Opfer und nicht stets brüten, ob ihnen der Kampf auch nicht etwa gefährlich ist, ob er ihnen nicht Nachteile bringt oder Verdruß bereitet. Die Ueberzeugung ist das Höchste und Letzte, und sie ist so heilig, daß der Mensch ihr zu dienen hat bis zur äußersten Konsequenz. Da wo die Ueberzeugung spricht, da gibt es keine Wenn und auch keine Aber. Da gibt es nur eins: dich selbst. Dich ganz. Dich, wie du bist ohne äußerliche Anpassung und Verzerrung. Bist du immer du ganz? Du selber? Als Charakter und Mensch? Ist dein Dasein eine einzige Fülle von sittlichem Stolz? Und von sittlicher Stärke und Kraft? Und von sittlichem Willen, das nur eins kennt und immer nur eins: Persönliche Tat, persönliche Leben im Sinne, deines heiligsten Selbst? Oder verrätst du dich oft? Und verdeckst du dich? Und hältst du mit deiner Ueberzeugung auch einmal hinter dem Berge? Dann lebst du dem großen Sinn dieser Epoche nicht. Denn diese Epoche der werdenden Freiheit verlangt dich ganz. Verlangt von jedem von uns den eisernen Willen und Tat und Charakter und Ueberzeugung. Dr. C u t a v o h o f f m a n n.

Ein neues Ferienheim unseres Verbandes

Als vor Jahren unsere Hamburger Filiale dazu überging, in der Lüneburger Heide ein altes Bauernhaus mit größerem Gelände aufzukaufen, hat auch der Verbandsvorstand sich an der Finanzierung beteiligt, wenngleich damals weitgehende Bedenken vorhanden waren. Die wirtschaftlichen Vorbedingungen für Ferienheime der Arbeiterschaft sind von ganz besonderer Art. Es war schon damals allgemein bekannt, daß ein erheblicher Teil dieser Ferienheime Zuschußbetriebe sind. Andererseits ist für unsere Kollegen, die durch unseren Reichsmanteltarifvertrag in weitgehenden Genuß von Ferien gekommen sind, in viel stärkerem Maße die Notwendigkeit geboten, für ein Ferienheim zu sorgen, das die Preise in erschwinglichem Rahmen hält, den unsere Kollegen infolge ihres Einkommens zahlen können. Schon jetzt läßt sich bereits feststellen, daß das Ferienheim sich überaus gut bewirtschaftet, zumal die Gegend des Wildfederbergs eine der interessantesten der Lüneburger Heide ist. In Konsequenz ihres wirtschaftlichen Erfolges hat dann die Hamburger Filiale auch ein weiteres Heim (Waterborn) angekauft und ist vor einiger Zeit dazu übergegangen, auch an der Ostsee bei Travemünde ein besonderes Heim einzurichten, so daß also unsere Hamburger Filiale für ihre allerdings große Mitgliedschaft hinreichend vorgesorgt hat. Dabei ist natürlich Voraussetzung, daß auch alle Kollegen unseres Verbandes jederzeit gern willkommene Gäste in diesen Heimen sind, soweit eben Raum für sie vorhanden ist.

Vor mehr denn Jahresfrist wurde dann in Kochel, etwa drei Bahnstunden von München, am Kochelsee, ein Heim der Münchener Filiale eröffnet, ebenfalls mit Unterstützung der Finanzen des Verbandsvorstandes. Das Heim ist gegenwärtig im Ausbau be-

In Konsequenz dieser bisherigen Ferienheimrichtungen hat nun der Gau Karlsruhe (wiederum in Verbindung mit dem Verbandsvorstand) in einem kleinen Seitengebiet des Renchtales im Schwarzwald das Thermalbad Sulzbach erstanden. Es soll insbesondere als Erholungsheim für unsere Mitgliedschaft im Südwesten Deutschlands dienen. Es ist ein idyllisches Plätzchen in einem Hochtal des Schwarzwaldes und umfaßt ein Gelände von mehr denn 250 Morgen Feld, Wiesen und Wald.

Bad Sulzbach ist ein uraltes Bad. Die Thermalquellen, ähnlich den Wassern von Baden-Baden und Wildbad, sind seit mehr als 500 Jahren bekannt. Es liegt 320 Meter hoch im mittleren Schwarzwald, in einem gegen Südwesten geöffneten Seitental des Renchtales und ist von drei Seiten von 600 Meter hohen Bergen umschlossen. Das Bad steht an der Ursprungsstelle der Quelle und besteht aus einem älteren Wirtschaftsbau, an den sich ein umfangreicher Neubau, Ökonomiegebäude und Autogaragen anschließen. Das Badegebäude wurde 1928 vollkommen renoviert und mit allen nezeitlichen Einrichtungen ausgestattet; es umfaßt 70 Zimmer mit 85 Betten. Das Bad selbst hat neben dem Trinkbrunnen sechs gut eingerichtete Badezellen. Für den Ruhe- und Erholungsbedürftigen ist besonders angenehm die stille, ruhige Abgeschlossenheit dieses schönen Fleckchens Erde.

Wir bringen beifolgend einige Abbildungen und möchten noch hinzufügen, daß geplant ist, neben einem besonderen Weiher, der zum Schwimmen eingerichtet werden soll, noch einige andere Ausgestaltungen vorzunehmen, so daß auch dieses Heim überaus reizvoll sein dürfte. Natürlich läßt sich auch, wie aus Abb. 3 ersichtlich, hier Wintersport treiben. Wir wollen hoffen, daß die Bemühungen

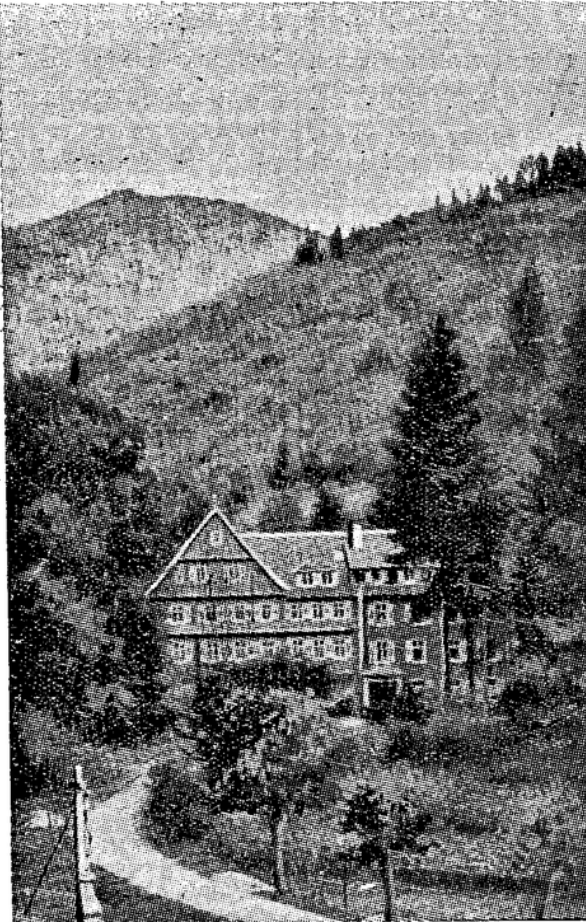


Abb. 1 Bad Sulzbach mit Umgebung

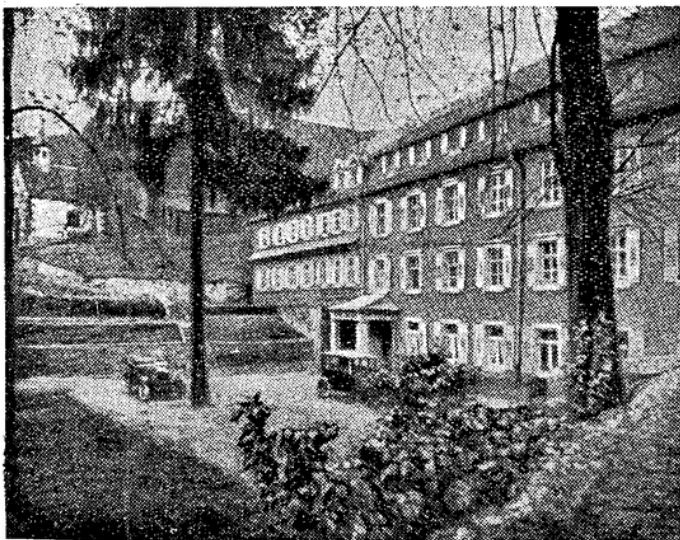


Abb. 2 Vorderseite

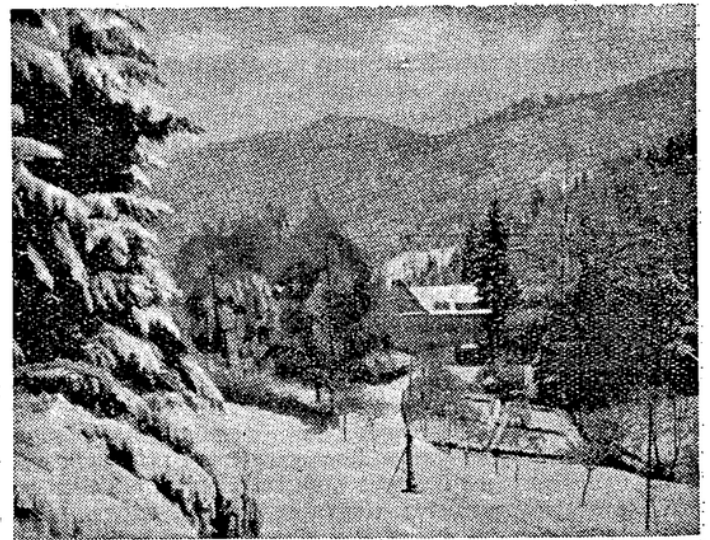


Abb. 3 Bad Sulzbach im Winter

griffen und hat neben seiner wundervollen Lage am Fuße des Herzogstandes infolge der gediegenen Bauart und des schönen Platzes am See nicht nur Anziehungskraft für unsere Münchener Kollegen, sondern bis weit hinauf nach Norddeutschland erstrecken sich bereits die „Beziehungen“ dieses Heimes.

des Verbandsvorstandes, entsprechend den zahlreichen Wünschen, die wiederholt auf Verbandstagen und Konferenzen von Seiten der Mitgliedschaft geäußert wurden, auch die gebührende Beachtung unserer Mitglieder finden und sich eine möglichst zahlreiche Beteiligung im Laufe der Inbetriebnahme herausbildet. Edi.